Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser stattete am Sonntag dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin einen Besuch ab, um sich nach dem Befinden der Kronprinzessin-Witwe Stephanie zu erkundigen.

*Der Ankunft des Prinzen Heinrich in Wusung wird für den 20. März entgegengesehen. Nach einem eintägigen Aufenthalte wird dann die Reise nach Kiautschau fortgesetzt. Der Vizekönig von Nanking und der Gouverneur von Kiangsu sind beordert, den Prinzen zu empfangen an Stelle des ursprünglich beauftragten Provinzial-Kämmerers.

*Wie lange die Reichstagssession noch dauert, entzieht sich, auch abgesehen vom Flottengesetz, bis jetzt noch einer sicheren Schätzung. Es kommen dabei insbesondere in Frage diejenigen Gesetze, welche zur Vervollständigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig sind, namentlich die Novelle zur Zivilprozeßordnung und die Novelle zur Konkursordnung.

*Der Bundesrat hat Verfügungen getroffen zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen bei der auf dem Seewege erfolgenden Einfuhr von Rindern aus Dänemark und Schweden-Norwegen.

*Wie verlautet, befindet sich ein Gesetzentwurf über die Festsetzung des zulässigen Wassergehaltes der Butter in Vorbereitung. Als höchste Grenze soll ein Wassergehalt von 15 pCt. zugelassen werden.

*Es war ein Wunsch der Landwirtschaft, daß vom Ertrage der Brennsteuer die 15 Prozent nicht abgezogen werden möchten, welche nach der Reichsverfassung den Bundesstaaten aus dem Bruttoertrage der Branntweinsteuer für die Erhebungskosten erstattet werden. Der Bundesrat hat nunmehr beschlossen, auf jene 15 Prozent vom Ertrage der Brennsteuer zu verzichten, so daß die Summe, welche zwischen 4—500 000 Mark schwankt, zur Verbilligung des für gewerbliche Zwecke bestimmten Spiritus verwendet werden kann.

*Vom 25. März ab werden nach einer amtlichen Bekanntmachung des Reichspostamts offene gedruckte Karten, auf denen die ursprüngliche Bezeichnung „Postkarte" beseitigt oder durch den Vermerk „Drucksache" ersetzt ist, allgemein zur Beförderung gegen die Drucksachentaxe zugelassen.

*Nach einer Mitteilung der ‚M. N. N.' strebt man auch in Bayern die Ausdehnung des Postregals auf die verschlossenen Ortsbriefe, d. h. die Beschränkung der Privatpostanstalten an. Man nimmt aber an, daß in Bayern eine Entschädigungspflicht des Staates an die Unternehmer und Angestellten ins Auge gefaßt wird, da man nicht Hunderte von Personen plötzlich brotlos machen wolle.

Oesterreich-Ungarn.

*Aufs neue sucht Fürst Ferdinand von Bulgarien Fühlung mit dem amtlichen Oesterreich. Am Freitag besuchte er anläßlich seines Aufenthalts in Wien den Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, in seinem Ministerium.

*Der Kaiser hat, wie zu erwarten war, am 5. d. das Ministerium v. Gautsch entlassen und den ehemaligen Statthalter von Böhmen, Grafen Thun, zum Ministerpräsidenten ernannt und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

*Die Einberufung des Reichsrates zum 15. März wird in den nächsten Tagen erwartet.

*Die oft angekündigten neuen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nun veröffentlicht worden. Besonders wichtig erscheint der Umstand, daß diese Verordnungen ausdrücklich als Provisorium bezeichnet werden und nur so lange in Kraft bleiben sollen, bis der Reichsrat ein Sprachengesetz beschlossen haben wird. Die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nicht identisch. An den böhmischen ist besonders die durchgeführte Dreiteilung in deutsche, reintschechische und gemischtsprachige Bezirke charakteristisch.

*In Wien beschlagnahmte die Polizei die Medaillen, welche die sozialistische Parteileitung zur Erinnerung an die Kämpfe des Jahres 1848 verbreitete.

*Einer der schlimmsten Steine des Anstoßes für die deutsche Opposition soll aus dem Wege geräumt werden. In der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses wird der Alterspräsident Proskowetz erklären, daß die lex Falkenhayn (das „Maulkorbgesetz"), die bloß zeitweilig eingeführt wurde, keine verbindliche Kraft mehr habe. Gegen diese Erklärung wird die Rechte keine Einwendungen erheben und durch ihr Stillschweigen ihre Zustimmung zu erkennen geben.

Frankreich.

*Das ‚Petit Journal' schreibt, daß der Appellationshof in Paris die Nichtigkeitsbeschwerde Zolas dem Kassationshof zugestellt habe. Der Beschwerde sind die Protokolle der Schwurgerichtsverhandlung sowie die 30 Anträge beigefügt, welche die Verteidigung im Laufe der schwurgerichtlichen Verhandlung gestellt, der Gerichtshof aber zurückgewiesen hatte.

*Im Zweikampf Picquart-Henry, der am 5. d. in Paris stattfand, wurde General Henry am Arm leicht verwundet.

*Das Pariser Schwurgericht hat den Senator Naquet von der Anklage in der Panama-Angelegenheit freigesprochen.

Italien.

*In Rom fand am Freitag die Feier des 50. Jahrestages der Verfassung statt. Das Königspaar wurde auf seiner Fahrt zum Kapitol von der Volksmenge mit Jubel begrüßt.

Spanien.

*Die spanische Regierung erhielt den Bericht der spanischen Taucher, welche die Ursachen der Explosion der amerikanischen Korvette „Maine" untersuchten. Der Bericht erklärt kategorisch, es sei keine Spur von Sprengstoff vorhanden. Die Hebung des Schiffes wird als unmöglich bezeichnet. Die Regierung übermittelte diesen Bericht an die Regierung der Ver. Staaten in Washington.

*Spanien steht jetzt vor den Neuwahlen der Cortes. Ministerpräsident Sagasta teilte im Ministerrat mit, die Liberalen könnten auf etwa 300 Cortessitze rechnen. Die Sozialisten treten zum ersten Mal als selbständige Partei auf und dürften mit Hilfe der Republikaner einige wenige Mandate erobern. Don Karlos wird an seine Anhänger ein Wahlmanifest richten, doch dürften kaum 20 Karlisten in der neuen Kammer erscheinen.

Rußland.

*Die Zarin ist von einer leichten Lungenentzündung befallen worden, befindet sich aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

*Die Beziehungen zwischen Rußland und Abessinien werden immer enger geknüpft. Jetzt hat die russische Regierung die Errichtung einer abessinischen Handels-Agentur in Odessa genehmigt und ihre Zustimmung zu der Errichtung weiterer abessinischer Agenturen in Petersburg, Moskau, Kiew und Lodz in Aussicht gestellt. Zugleich sollen in den Hauptorten Abessiniens russische Agenturen errichtet werden. Das Projekt Leontjews dagegen, zwischen Odessa und Dschibuti eine direkte Dampfschiffsverbindung herzustellen, ist an der ablehnenden Haltung der russischen Dampfschifffahrts-Handelsgesellschaft gescheitert.

Balkanstaaten.

*Die griechische Kammer nahm am Donnerstag eine Glückwunschadresse an den König an. Der Finanzminister legte den Gesetzentwurf über die internationale Finanzkontrolle vor, im Anschluß an welche das Finanzarrangement zu stande gekommen sei. Der Minister gab ferner bekannt, daß Frankreich, Rußland und England 120 Mill. Frank der neuen Anleihe garantieren. Die hierauf bezügliche Konvention würde in allernächster Zeit der Kammer vorgelegt werden.

Amerika.

*In Nicaragua hat der Präsident Zelaya in der Unterdrückung des Aufstandes Fortschritte gemacht. Er erhebt gegen den Präsidenten Iglesias von Costa Rica die Anklage, die Revolution gefördert zu haben. Gegen 500 Aufständische seien von Iglesias unterstützt und ausgerüstet worden, um einen Angriff auf San Juan del Sur zu unternehmen und sich in dieser Stadt festzusetzen. Der Ort wurde aber am 7. Februar von den Truppen Zelayas zurückerobert und die Aufständischen in die Flucht geschlagen. Unter den Führern der letzteren hätten sich, so behauptet Zelaya, manche Freunde des Iglesias befunden. Ein Krieg zwischen Nicaragua und Costa Rica gilt keineswegs als ausgeschlossen.

*In Brasilien ist, soweit die Ergebnisse der Präsidentenwahl bisher bekannt geworden sind, Campos Salles mit großer Mehrheit zum Präsidenten und Rosa Silva zum Vizepräsidenten gewählt.

Asien.

*Aus Ostasien meldet die ‚Times', nach amtlichen chinesischen Berichten aus Tschifu seien die Japaner in Wei-Hai-Wei lebhaft mit der Wiederbefestigung beschäftigt; die Räumung des Platzes sei also unwahrscheinlich. Wie dasselbe Blatt aus Kobe (Japan) berichtet, finde die Ueberlassung einer Kohlenstation auf der Deer-Insel an Rußland große Mißbilligung in Korea; es werde behauptet, daß die Vertreter einiger anderer auswärtiger Mächte empfehlen, die Insel zu einer Niederlassungsstätte für alle Ausländer zu machen.

Deutscher Reichstag.

Am 4. d. stehen zunächst zur Beratung Berichte der Petitions-Kommission.

Ueber die Petitionen betr. die Aufbesserung der Pensionen bereits im Ruhestande befindlicher Beamten geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition betr. die Regelung des Kellnerinnenwesens wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, eine Petition betr. Errichtung von Berufskonsulaten in Süd-Brasilien, zur Erwägung überwiesen. Ueber eine Petition betr. die Regelung der Sonntagsruhe beantragt die Kommission teils Uebergang zur Tagesordnung, teils Ueberweisung als Material.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) kritisiert die vom Oberpräsidenten für Westfalen erlassenen Sonntagsruhe-Bestimmungen und moniert vor allem das Verbot der Jagd am Sonntag und das Gebot des Verhängens aller Schaufenster während der ganzen Dauer des Sonntags.

Geheimrat v. Woedtke erwidert, die Regelung sei den Einzelstaaten überlassen; nach seiner Kenntnis sei deren Befugnis auch in Westfalen nicht überschritten. Insbesondere sei das Gebot des Verhängens der Schaufenster in der Provinz fast allgemein Landessitte gewesen.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

Es folgt darauf die erste Beratung der von den Abgg. Chartron u. Gen. (Els.) einerseits und von den Abgg. Auer u. Gen. (soz.) anderseits beantragten Gesetzentwürfe betr. die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in der elsaß-lothringischen Landesverfassung.

Abg. Winterer (Els.) begründet den Antrag Chartron mit Hinweis auf die thatsächlichen Verhältnisse in den Reichslanden. Ausnahmemaßnahmen seien jetzt nicht mehr nötig, nachdem die Bevölkerung sich 27 Jahre lang durchaus loyal gezeigt habe.

Abg. Hoeffel (freik.) ist ebenfalls der Meinung, daß der Diktatur-Paragraph heute nicht mehr nötig sei. Für außergewöhnliche Verhältnisse habe die Regierung ausreichende Machtbefugnisse.

Abg. v. Cuny (nat.-lib.) erklärt, seine Freunde seien nicht in der Lage dem Antrage zuzustimmen, so lange nicht die Regierung selbst erkläre, daß sie den Diktatur-Paragraphen entbehren könne.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) spricht sich für möglichst einstimmige Annahme der Anträge aus. Der Reichstag müsse sich dem Votum des Landesausschusses für das Reichsland anschließen und die Aufhebung des Diktaturparagraphen fordern.

Abg. Frhr. v. Stumm (freikons.): Abg. Hoeffel habe nur für seine Person gesprochen. Seine Fraktion würde es niemals für angebracht halten, der Regierung ein Machtmittel zu versagen, das sie selbst für nötig halte.

Abg. Graf Hompesch (Zentr.) erklärt namens des Zentrums, daß dasselbe heute und stets für die Aufhebung des Diktaturparagraphen stimmen würde.

Abg. Bebel (soz.) hält es für eine unabweisbare Pflicht des Reichstages, die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Last der Ausnahmegesetze endlich zu befreien. Die elsässischen Polizeibehörden hätten auf Grund des Diktaturparagraphen die kleinlichsten Maßnahmen ausgeübt. Durch Chikanen erwerbe man sich aber nicht die Sympathien einer Bevölkerung.

Abg. v. Levetzow (kons.): Solange die Regierung nicht auf den Diktaturparagraphen verzichte, würden seine Freunde ihr dies Machtmittel nicht versagen können.

Geheimrat Halley bestreitet die Richtigkeit der Schilderung, die Abg. Bebel über die Zustände in Elsaß-Lothringen gegeben. Der jetzige Statthalter werde als ein äußerst milder Herr geachtet, und auch der Staatssekretär v. Puttkamer erfreue sich großer Beliebtheit. Was Abg. Bebel sonst von polizeilichen Chikanen erzählte, halte er für kaum glaubhaft.

Abg. Pachnicke (fr. Vgg.) hält mit den Antragstellern den Diktaturparagraphen für überflüssig.

Abg. Werner (Antis.) stimmt der Abschaffung des Diktaturparagraphen ebenfalls zu, dessen Aufrechterhaltung nur der Sozialdemokratie die Agitation erleichtert habe.

Abg. Bebel (soz.) konstatiert dem Regierungs-Kommissar gegenüber, daß alle Parteien, soweit Elsaß-Lothringer darin vertreten seien, einstimmig darin seien, daß die Bevölkerung unzufrieden sei. Mit keinem Wort habe Geheimrat Halley dargethan, weshalb der Diktaturparagraph heute noch notwendig sei.

Damit schließt die Diskussion. — Nach dem Schlußwort des Abg. Colbus wird der vom Abg. Lenzmann gestellte Antrag, das Haus möge sofort in die zweite Lesung eintreten, zur Abstimmung gestellt. — Vor derselben bezweifelt

Abg. Frhr. v. Stumm die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 133 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Montag.

Preußischer Landtag.

In der Freitag-Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Resolution Felisch betr. Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe angenommen. Sodann wurden Petitionen beraten. Bei einer Petition betr. Ankauf eines Flachsröstverfahrens kam es zu einer handelspolitischen Debatte. Die Abgg. Möller (nat.-lib.) und Graf Kanitz (kons.) gaben Erklärungen über ihre Stellung zu den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen ab, die erkennen ließen, daß die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft zu gegenseitiger Verständigung geneigt seien. Abg. Graf Schwerin schloß die Debatte mit der Mitteilung ab, daß Fürst Bismarck ihn beauftragt habe, den Namen des Fürsten unter den Wahlaufruf des Wirtschaftlichen Ausschusses zu setzen, der die „Politik der Sammlung" praktisch durchzuführen bezweckt. Ueber die Petitionen selbst wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Am 5. d. begann das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusetats. Bei den Einnahmen teilte Minister Bosse mit, daß die Vorlage betr. Erhöhung der Gehälter der Geistlichen dem Hause in allernächster Zeit zugehen werde. Dem Abg. Danzenberg (Zentr.) erwiderte Kultusminister Bosse, daß der Staat der katholischen Kirche überall nach Kräften entgegenkäme; an eine Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium sei, so lange er Kultusminister wäre, nicht zu denken.

Von Nah und Fern.

Gleiwitz. Der hiesige Oberbürgermeister Kreidel berief den Polizeiinspektor, die Polizeikommissarien, die Kriminalwachtmeister sowie die Polizeisergeanten und die Polizeigefängnisbeamten zu einer Konferenz zu sich und richtete aus Anlaß der jüngst in Berlin vorgekommenen unberechtigten Verhaftungen von weiblichen Personen eine ernste Ansprache an die versammelten Beamten, in welcher er dieselben ermahnte, in den beregten Fällen äußerste Vorsicht und maßvolle Zurückhaltung zu üben. Aber auch im übrigen sollten sich die Polizeiexekutivbeamten gegen alle Bürger und Einwohner von jeder übertriebenen Strenge fernhalten und Billigkeit und Schonung, wo nur irgend angängig, walten lassen.

Elberfeld. Der Gesamt-Materialschaden, der durch die Verwüstungen im rheinisch-westfälischen Fernsprechnetz erwächst, beträgt nach fachmännischer Schätzung mehr als eine halbe Million Mark.

Zwischen zwei Welten.

7] Roman von Louise Cammerer.

(Fortsetzung.)

Kommerzienrat Günther hatte wohl hilfreiche Hand geboten, aber Frau Burger die Hilfe stets unter irgend einem Vorwand abgelehnt. Ein Rest des alten Stolzes bäumte sich gegen die gebotenen Wohlthaten auf und dann wollte sie auch niemand einen vollen Einblick in ihre Verhältnisse gewähren. Selbst Valeska hatte keine Ahnung, welch drückende Entbehrungen sich ihre Freunde auferlegten; vor ihren Augen wurde immer eine gewisse Wohllebigkeit erkünstelt.

Trotz der geringen Mittel hatte Frau Burger in den bestgelesensten Zeitungen Amerikas einen Aufruf erlassen, in welchem sie ihren Sohn dringend zur Heimkehr aufgefordert. Als auch dieser ohne Erfolg blieb, erstarb langsam die Hoffnung auf ein Wiedersehen. — Dunkle Stunden kamen, Stunden voll bitterer Reue, daß sie den Sohn in eine Laufbahn gezwungen, gegen die sich sein Wille bestimmt aufgelehnt.

Auch von Irma, die anfangs, um die Mutter nicht zu beunruhigen, tröstliche Briefe sandte, kamen in letzter Zeit unklare, verworrene Nachrichten. — „Kleine Kinder, kleine Sorgen, große Kinder, große Sorgen" — die herbe Erfahrung blieb der ohnehin schwer geprüften Frau nicht erspart.

Valeska kam häufig, um sich nach Frau Burgers Befinden zu erkundigen oder von Irma zu sprechen, doch selbst die Besuche des jungen, liebreizenden Mädchens machten Frau Burger Qual. Sie fühlte sich unangenehm berührt durch den großen, erstaunten Kinderblick, der so seltsam fragend durch die leergewordenen Räume glitt und manchmal wie ein banger Vorwurf auf Frau Burgers Antlitz haften blieb.

„Wer nie sein Brot in Thränen aß,
Wer nie in kummervollen Nächten
Auf seinem Bette weinend saß,
Der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte!"

Diese Worte unseres großen deutschen Dichters, welche Preußens erhabene Königin Luise, die edelste deutsche Patriotin, in der Zeit tiefster Schmach und bitterster Herzensqual um ihr bedrücktes, entwürdigtes Vaterland so schwer entwürdigtes Vaterland so sehr empfinden mußte — trafen jetzt auch Frau Burger voll und ganz. Doch noch immer hatte sie das Schlimmste nicht erlitten, noch immer konnte Ernst am Leben sein. Allein auch dieser letzte tröstende Hoffnungsschimmer erblaßte.

Nach vielen Umwegen kam ein Brief von völlig fremder Handschrift in ihren Besitz. Eine unheilvolle Ahnung dämmerte in ihr auf, als sie das Blatt in den Händen hielt. Die Ahnung sollte durch den Inhalt volle Bestätigung finden. Er lautete:

„Verehrte Frau!

Eine traurige Pflicht veranlaßt mich an Sie zu schreiben. Eine verwickelte Erbschaftsangelegenheit führte mich nach Chile in Südamerika. Ich war zu einer Zeit dort, in welcher das gelbe Fieber ausbrach und in allen Provinzen zahlreiche Opfer forderte. Die Verwirrung in den Städten war groß, und auch ich wollte mich nach dem Norden wenden, wurde aber, bevor ich meine Absicht ausführen konnte, selbst von der Seuche ergriffen und in einem Hospital untergebracht. Neben mir lag nun ein deutscher Landsmann, den die Seuche auf der Straße überfallen. Unsere kräftigen Naturen boten dem Fieber Widerstand. Auf dem Wege der Besserung gaben wir uns gegenseitig das Versprechen, im Falle einer schlimmen Wendung Kunde an die Lieben in der Heimat gelangen zu lassen.

„So schwer es mir auch fällt, erfülle ich mein Versprechen. In dem Befinden Ihres Sohnes Ernst trat unerwartet eine Verschlimmerung ein und als ich am andern Morgen erwachte, hatte man meinem lieben Landsmann schon den Platz zum letzten Gange angewiesen.

„Erst kürzlich in die Heimat zurückgekehrt, entledige ich mich trauernden Herzens meines Versprechens, indem ich Ihnen neben dieser Mitteilung, das Ableben Ihres Sohnes betreffend, zugleich mein tiefstes Beileid ausspreche. Könnte ich Ihnen in irgend einer Weise nützlich sein, bitte ich herzlich, über mich verfügen zu wollen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Walther Forst, Privatdozent."

Frau Burger hielt das verhängnisvolle Briefblatt lange, lange in den Händen. Buchstabe auf Buchstabe war erloschen von der heißen Thränenflut, die darauf gefallen. Sie sah es nicht, bemerkte es auch nicht, daß die Dämmerung längst hereingebrochen und sie noch immer im Dunkeln saß; — dunkel war es ja auch in ihrer Seele geworden, tiefdunkel.

Was konnte nun noch kommen nach diesem Schlag? — An dem grenzenlosen Schmerz, der ihr Inneres durchwühlte, erkannte sie erst, mit welch' unendlicher Liebe das Mutterherz den Sohn umfaßt. Ohne Abschiedswort, ohne Abschiedsblick war er gegangen, um in der Ferne, verlassen von guten Menschen, in einem Hospital der gräßlichen Seuche zu erliegen.

Noch immer saß sie regungslos, bis der schrille Ton der von einer stürmischen Hand gezogenen Glocke sie aus dem qualvollen Sinnen riß.

Willenlos erhob sie sich, um die Thür zu öffnen.

Ein großer, breitschultriger Mann trat ohne zu grüßen über die Schwelle. Mit frechen Blicken unterwarf er die einfachen Einrichtungsgegenstände einer scharfen Musterung, dann sagte er rauh:

„Nun, wie steht's Frau Burger, hat Ihre Tochter noch immer kein Geld geschickt? Meine Nachsicht ist zu Ende, ich muß dringend um Bezahlung der rückständigen Miete ersuchen — unsereins hat auch Zahlungen zu machen. — Können Sie Ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, müssen Sie meine Wohnung schleunigst räumen.

Frau Burger war wortlos vor Schreck. „Aber Sie haben sich ja erst mit meinen besten Möbeln sicher gestellt," sagte sie ängstlich. „Irma hat noch keinen Gehalt erhoben, ich muß bis dahin noch um Nachsicht bitten."

„Thut mir leid, beste Frau," war die bündig gegebene Antwort; „das, was ich mir erlaubt habe, Ihnen zu pfänden, deckt nicht die Hälfte